

**Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Berufliche Orientierung, beruflicher Einstieg, beruflicher Aufstieg – Situation und Perspektiven der Berufsausbildung im Land Bremen**

Gut ausgebildete Fachkräfte sind Eckpfeiler der Innovationsstärke, des Anpassungsvermögens und der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen wie der bremischen Wirtschaft. Die duale Berufsausbildung mit ihrer auf einer breiten Grundlage aufbauenden hohen fachlichen Qualifikation bietet dafür eine bewährte Basis, insbesondere in der Industrie und im Handwerk. Das Land Bremen kann und muss seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort auch und gerade durch qualifizierte Fachkräfte und durchlässige Qualifizierungswege betonen. Die duale Ausbildung ist ein wesentlicher Pfeiler des Potenzials an gut qualifizierten Arbeitskräften. Zudem bietet sie nachweislich gute Voraussetzungen, um sich in einem sich stark wandelnden Arbeitsmarkt zu behaupten und ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen.

Derzeit entspannt sich der Ausbildungsmarkt auch im Land Bremen. Hierzu hat unter anderem die seit Jahren erfolgreich praktizierte Kooperation aller Ausbildungsakteure in der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ beigetragen. Über die Inhalte dieser Vereinbarung hinaus bedarf es jedoch weiterer erheblicher Anstrengungen von Wirtschaft und Politik, um allen Jugendlichen die Chance auf eine duale oder schulische Ausbildung zu geben. Berücksichtigt werden müssen dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse junger Frauen und junger Männer. Dem spezifischen Förderbedarf und den besonderen Potenzialen (z. B. Mehrsprachigkeit) von Jugendlichen mit Migrationshintergrund muss Rechnung getragen werden. Viele junge Menschen, die eigentlich eine betriebliche Ausbildung suchen, nehmen an Maßnahmen des Übergangssystems teil. Die Erfahrung zeigt, dass sich dadurch für zu viele die Aussichten auf einen regulären Ausbildungsplatz kaum verbessern. Diese Situation verschärft sich für Jugendliche im Land Bremen dadurch, dass erfahrungsgemäß ca. 40 % der Auszubildenden aus dem niedersächsischen Umland kommen.

Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen müssen daher neue Wege und Perspektiven eröffnet werden. Wesentlich ist, dass die Wirtschaft ihre Verantwortung wahrnimmt und z. B. auch junge Leute aus trägergestützten und schulischen Berufsqualifizierungen übernimmt und unter Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen in Betrieben ausbildet. Den Betrieben muss die dafür notwendige Unterstützung gegeben werden. Zugleich müssen Qualifikationsmaßnahmen für Schulabgängerinnen/Schulabgänger, die tatsächlich noch nicht in der Lage sind, eine Ausbildung aufzunehmen, stärker an das duale System angebunden werden, um Übergänge in betriebliche Ausbildungen zu erleichtern.

Ein wichtiger Fortschritt ist die steigende Zahl junger Menschen mit Schulabschluss. Diese Entwicklung muss jedoch mit einer schon früh beginnenden, intensiven Orientierung aller Absolventinnen/Absolventen auf Berufswelt, Berufsbilder, Berufsausbildung und Berufseintritt verbunden werden. Auch weil unverändert viele Menschen eine Berufsausbildung (einschließlich Fachschulausbildung) als wesentlichen Start ins Berufsleben sehen, muss dieser Bildungsweg aufgewertet werden. Berufliche Ausbildungen müssen zugleich so gestaltet werden, dass sie den Übergang in weiterführende, insbesondere auch akademische, Qualifikationen erleichtern. Bei der Sicherung dieser Durchlässigkeit muss das Land Bremen eine Vorreiterrolle übernehmen, indem es bürokratischen Hemmnissen und Abschottungstendenzen offensiv entgegenwirkt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Rolle spielt nach Einschätzung des Senats die (betriebliche) Berufsausbildung für eine nachhaltige Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft?
2. Wie wird gewährleistet, dass dieser Standortfaktor im Land Bremen abgesichert wird durch
  - a) eine geschlechtersensible berufliche Orientierung in allen Schulstufen und -arten,
  - b) die Qualität der beruflichen Bildung sowie
  - c) die in Kooperation mit den Tarifpartnern zu gestaltende Optimierung der Übergänge von schulischer zu beruflicher Aus- und Weiterbildung,
  - d) die Durchlässigkeit von der beruflichen in andere, insbesondere auch akademische, Bildungsgänge?
3. Wie bewertet der Senat die Erstellung und regelmäßige Fortschreibung eines Aktionsplans „Berufliche Orientierung, Beruflicher Einstieg, Beruflicher Aufstieg“ als Bestandsaufnahme und Basis für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung im Land Bremen, in dem alle Instrumente, Maßnahmen, Akteure und Ressourcen dieser Bereiche benannt, ihre Vernetzung skizziert, Erfahrungen dargelegt, mögliche Probleme identifiziert und ausgehend hiervon Entwicklungsperspektiven und Handlungsoptionen für ein ergebnisorientiertes, integriertes Gesamtkonzept bis 2020 aufzeigt werden?
4. Wie stellen sich Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung im Land Bremen aktuell dar hinsichtlich
  - a) einer geschlechtersensiblen und die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigenden Berufsorientierung als explizite Aufgabe aller allgemeinbildenden Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe? Dabei geht es vor allem um diese Fragen:
    - Wer sind die Akteure (Lehrkräfte, Lotsen usw.), welche konkreten Aufgaben haben sie, wie sind und werden sie qualifiziert, wie kooperieren sie?
    - Auf Basis welcher Vorgaben und Standards (Lehrpläne, Curricula usw.) arbeiten sie, wie sind sie mit anderen Akteuren vernetzt, wie werden Erfolge überprüft und gemessen?
    - Auf Basis welcher Vorgaben, in welcher Weise und von wem werden schulische und außerschulische Berufsorientierung mit Elternarbeit, mit betrieblicher Praxis und mit den Angeboten der Arbeitsverwaltung verknüpft?
    - Wie und von welchen Akteuren werden Schulabgängerinnen/Schulabgänger „nachsorgend“ begleitet, denen der Übergang in eine Berufsausbildung nicht nahtlos gelingt?
  - b) der Berufsausbildung als Aufgabe von Betrieben, Schule und gegebenenfalls Jugendhilfe insbesondere mit Blick auf
    - Qualität und Ausstattung sowie Vernetzung/Kooperation von betrieblichen, überbetrieblichen und schulischen Ausbildungsanteilen und -akteuren in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen,
    - Begleitung und Unterstützung von Auszubildenden und Betrieben während der dualen Ausbildung, insbesondere in Krisensituationen; Art der Angebote, finanzielle und personelle Ressourcen, Qualifikation der Akteure,
    - Angebote, Qualität und Akzeptanz vollschulischer Berufsausbildungen und ihre Vernetzung mit dem übrigen Ausbildungssystem,
    - Situation und Entwicklungsperspektiven der Berufsschulen als wesentliche Akteure der Berufsbildung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Angebote, ihrer Qualität und ihrer Ausstattung,
    - Berufsschule als Ort zum Erreichen höherwertiger Schulabschlüsse, insbesondere von Hochschulzugangsberechtigungen?

- c) der Abschlüsse betrieblicher Ausbildungen als Basis für weitere Qualifikation und lebenslanges Lernen, insbesondere bezogen auf diese Fragen:
- Wie können duale und schulische Abschlüsse systematisch mit weiterführenden, insbesondere akademischen, Bildungsschritten verknüpft werden (z. B. Gleichsetzung/Anerkennung von Abschlüssen, Zugangsvoraussetzungen, Anerkennung von Leistungen)?
  - Welche Weiterbildungsangebote richten sich an Absolventen betrieblicher und schulischer Ausbildungen, welche Beratungs- und Förderangebote gibt es, wie werden betriebliche Anforderungen und individuelle Interessen aufeinander abgestimmt, wie werden junge Berufstätige und Betriebe für Teilnahme und Freistellung motiviert?
  - Welche Möglichkeiten und Perspektiven des Zugangs zum Studium für Berufstätige gibt es, wie kann die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden? Werden Studiengänge in dieser Hinsicht bedarfsorientiert entwickelt, wie kooperieren Wirtschaft und Hochschulen?

Dieter Reinken, Sybille Böschen,  
Mustafa Güngör, Klaus Möhle, Andreas Kottisch,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Silvia Schön, Sülmez Dogan,  
Dirk Schmidtmann, Frank Willmann, Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen